

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns

onen mit Ausnahme der FDP, die – nehme ich an – dagegen stimmt. Damit ist der Antrag angenommen.

Die lfd. Nr. 5 war Priorität der Fraktion der Grünen unter dem Tagesordnungspunkt 4 a. Die lfd. Nr. 6 steht bereits mit den Überweisungen auf der Konsensliste.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 7:

I. Lesung

Kinder früher fördern – Kitabesuch ohne Hürden – Kindertagesförderungsgesetz – KitaFöG –

Antrag der Grünen Drs 16/0999

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die antragstellende Fraktion der Grünen. Das Wort hat Frau Abgeordnete Jantzen. – Bitte schön!

Elfi Jantzen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir würden uns wünschen, dass das Engagement, das Herr Zöllner im Bereich Wissenschaft und Forschung mit der Exzellenzinitiative an den Tag legt, er auch im Bereich der early Exzellenz, nämlich im Bereich der frühkindlichen Bildung, zeigen würde. Das tut er leider nicht. Den Bereich der frühkindlichen Bildung haben der Senat und die rot-rote Koalition in der Vergangenheit und auch in dieser Legislaturperiode bisher sträflich vernachlässigt. In der Antwort auf die Mündliche Anfrage zur Kinderarmut hat Herr Zöllner zu Recht gesagt: Um den Teufelskreis zwischen Armut und Arbeitslosigkeit zu durchbrechen – so hat er das nicht gesagt, aber so sage ich das mal –, ist es wichtig, dass wir die Bildungschancen von Kindern verbessern. Er hat als Maßnahmen aufgeführt den frühen Zugang zur Kita, die Förderung des Kitabesuchs, den Ausbau der Tagesbetreuung und die Intensivierung der Sprachförderung. Das ist richtig und wichtig, und das unterstützen wir auch, denn wir wissen aus Kindergesundheitsberichten und anderen Studien, dass Kinder, die längere Zeit eine Kita besuchen, deutlich weniger Auffälligkeiten bei der kognitiven Entwicklung, bei der motorischen Entwicklung, in ihrem Sozialverhalten und insbesondere auch in der Sprachentwicklung haben.

Die Realität sieht in Berlin aber anders aus, denn Kinder aus armen Familien und mit Migrationshintergrund besuchen die Kita zum Teil entweder gar nicht oder nur für kurze Zeit, und das wollen wir ändern.

[Beifall bei den Grünen]

Nun werden Sie nicht alle Kinder oder Enkelkinder im Kitaalter habe. Deshalb will ich Ihnen darstellen, wie es abläuft, wenn man einen Kitaplatz haben will.

Der Senat wirbt auf seiner Homepage „Kindertagesbetreuung“:

Sie suchen für Ihr Kind einen Platz in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege? Sie möchten, dass Ihr Kind gut aufgehoben ist, sich wohl fühlt und etwas lernt? Diesen Anspruch teilen wir. Wir haben deshalb in Berlin ein vielfältiges und umfangreiches Angebot für Kinder von der Krippe bis zur Hortbetreuung.

Das stimmt: Wir sind bundesweit ziemlich gut, was das Angebot angeht.

Wer aber denkt, wir haben die schönen Kitas, und ich gehe da hin und bringe mein Kind dorthin, und die freuen sich dann, dass wir kommen, der hat sich geirrt. Denn bevor das Kind in die Kita kommt, steht die Anmeldung zur Kindertagesbetreuung. Also steht auf der Homepage:

Der erste Schritt zu einem Kitaplatz für Ihr Kind ist die Anmeldung beim Bezirksamt, damit die Betreuung bedarfsgerecht angeboten werden kann.

Wenn Sie nun meinen, beim Bezirksamt treffen Sie eine freundliche Person, die sagt: Wie schön, dass Sie Ihr Kind anmelden wollen. Wir bieten Ihnen einen Platz in der Kita an und sagen Ihnen, wo Sie hingehen. Nein! Bevor Sie in eine Kita gehen können, müssen Sie einen Antrag ausfüllen. Ich habe einen groß kopiert mitgebracht, damit Sie ihn alle sehen können. Es sind vier Seiten, zwei Seiten erklären, was man tun soll, sind jedoch selbst völlig unverständlich. Uns wundert es also nicht, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund unterdurchschnittlich in den Kitas vertreten sind.

[Beifall bei den Grünen –

Beifall von Emine Demirbükten-Wegner (CDU) –

Beifall von Mirco Dragowski (FDP)]

Der Inhalt unseres Antrags „Kinder früher fördern – Kitabesuch ohne Hürden“ ist ganz einfach: Wir möchten, dass das Kind zum dritten Geburtstag einen Glückwunsch vom Senat bekommt und vor allen Dingen einen Kitagutschein für sieben Stunden Bildungszeit in einer Kita seiner Wahl, und zwar ohne den vierseitigen Antragsbogen auszufüllen, ohne Bedarfsprüfung – ganz einfach zum dritten Geburtstag, denn frühe Förderung ist wichtig. Dann müssen die Kinder auch in die Kita kommen. Das wäre der Weg, wie wir es schaffen, dass vielleicht doch 100 Prozent aller Kinder zum dritten Geburtstag eine Kita besuchen.

[Beifall bei den Grünen]

Deshalb werbe ich darum, dass Sie diesem Antrag, wenn er beraten wird, zustimmen. Die SPD hat auf Ihrem Landesparteitag immerhin beschlossen, dass der Antrag wenigstens zugeschickt wird, aber wenn sie diesen nach Hause bekommen: Einladend ist er nicht. Wir möchten statt eines Abschreckungsantrags diesen einladenden Gutachten für die Kinder zum dritten Geburtstag, damit sie tatsächlich früh gefördert werden.

Noch einen Satz zu den Finanzen, weil dies garantiert in den Redebeiträgen kommen wird: Wir haben in den Haushaltsberatungen 35 Millionen € als pauschale Minderausgabe bei den Bezirken beantragt, weil die Bezirke

Elfi Jantzen

auch das Geld haben müssen, um diese Kitaplätze zu finanzieren. Wir werden diesen Antrag, auch wenn er bereits einmal abgelehnt wurde, in der Schlussberatung erneut einbringen.

Also, machen Sie ernst! Machen Sie ein Einladungswesen aus dem Abschreckungswesen! Schaffen Sie besseren Zugang zu der Kita! Geben Sie mehr Bildungszeit für die Kinder, nämlich den Teilzeitplatz, und erhöhen Sie so die Bildungschancen für die Kinder in dieser Stadt!

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Scheeres.

Sandra Scheeres (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erziehung, Bildung, Betreuung von Anfang an ist die Basis für das Gelingen einer erfolgreichen Bildungsografie. Dies zeigt deutlich die Bedeutung von Kindertageseinrichtungen – Krippen, Horte – und auch der Tagespflege. Sie sind unverzichtbar für eine individuelle Förderung und Entwicklung unserer Kinder. Sie sind unverzichtbar für den Abbau von Benachteiligungen, für die Chancengleichheit beim Zugang und Erwerb von Bildung sowie bezogen auf die Eltern für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Liebe Frau Jantzen! Aus diesem Grund ist es der rot-roten Regierung sehr wohl wichtig, dass möglichst viele Kinder eine Krippe oder eine Kindertageseinrichtung besuchen. Aus diesem Grund investiert das Land auch viel in den frühkindlichen Bildungsbereich.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Dies verdeutlichen auch die Zahlen:

[Joachim Esser (Grüne): Was ist denn nun mit dem Antrag?]

– Ich komme gleich zu dem Antrag! – In Berlin besuchen bereits heute 24 Prozent aller Kinder unter drei Jahren die Krippe und die Tagespflege.

[Joachim Esser (Grüne): Na, toll!]

In den Berliner Kindertageseinrichtungen reicht die Quote je nach Alter sogar bis zu 96 Prozent. Von dieser Betreuungssituation träumen andere Bundesländer.

Ich begrüße es daher auch, dass es der SPD auf Bundesebene gelungen ist, den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr zukünftig einzuführen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Ab 2013 wird dieser Rechtsanspruch gelten, und ich begrüße es auch, dass der Bund sich an den Kosten beteiligt, der Betreuung der unter Dreijährigen auszubauen.

Ich möchte jetzt nicht im Detail auf den Vorschlag der CDU eingehen, ein Betreuungsgeld für die Kinder, die zu Hause bleiben, einzurichten. Ich möchte nur kurz sagen: Aus unserer Sicht ist dies eine bildungspolitische Katastrophe, weil man sich ausrechnen kann, welche Kinder zu Hause bleiben werden. Es werden die Kinder sein, die ganz bestimmt eine Förderung benötigen.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Berlin wird in den nächsten Jahren circa 87 Millionen € zusätzlich für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen zur Verfügung haben. Uns ist es klar, dass dieses Geld zum einen in den Ausbau der Qualität und zum anderen in den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen, wo ein Bedarf besteht, fließen muss.

Auch wenn wir in Berlin den richtigen Weg gehen, sehen wir als rot-rote Regierung Handlungsbedarf. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Kindern die Chance auf ein Bildungsangebot zu eröffnen. Ich möchte es klar sagen: Es geht nicht, dass der Zugang in den Bezirken durch unterschiedliche Auslegungen der Verordnungen restriktiv ausgelegt wird.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Die Kinder, die eine zusätzliche Förderung benötigen, müssen diese auch auf jeden Fall erhalten. Bereits im Frühjahr hat Rot-Rot genau diese Problematik im Plenum aufgegriffen. Wir haben einen Antrag gestellt, mit dem der Zugang und die Zugangskriterien erleichtert werden sollen. Hier arbeiten zurzeit die Bezirke und die freien Träger gemeinsam an einer Lösung, und das ist der richtige Weg.

Frau Jantzen! Wir haben auch die Problematik des Zugangs ganz intensiv in der Anhörung zum Thema Sprachförderungsgesetz diskutiert. Bei dem Expertengespräch haben auch gerade die freien Träger noch einmal darauf hingewiesen, wie wichtig es im Zusammenhang mit der Integration ist, dass viele Kinder eine Förderung in der Kindertageseinrichtung erhalten und dass dies ein wichtiger Beitrag zur Integration ist. Die freien Träger haben auch die Idee des Gutscheins eingebracht. Meine Fraktion diskutiert ebenfalls diesen Ansatz. Wir wollen allerdings – wie Sie bereits sagten –, dass ein Antrag auf einen Gutschein mit einem sehr netten Brief übersandt wird, in dem auch erklärt wird, dass die Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Wir finden zusätzlich wichtig, dass für die Kindertagesstätten im Umfeld bei den Familien geworben wird.

Für uns ist jedoch bereits jetzt klar: Wir möchten nicht nur auf den quantitativen Ausbau setzen, sondern auch auf die Qualität. Wir möchten, dass die Kinder eine qualitativ hochwertige Förderung bekommen. Hierzu benötigen wir auch Geld.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Sandra Scheeres

Bildung von Anfang an ist der richtige Weg, den die SPD auch weitergehen wird. Unsere Kinder benötigen eine gute Startchance ins Leben. Wir wollen Benachteiligung abbauen. Dies können wir nur tun, indem wir die Konzepte der frühkindlichen Bildung qualitativ und quantitativ ausweiten. – Danke!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –

Joachim Esser (Grüne): Was ist nun mit dem Antrag?
Ist der gut oder schlecht? –
Unruhe]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin! – Nunmehr hat für die Fraktion der CDU Frau Demirbükten-Wegner das Wort. – Bitte schön!

[Unruhe]

Präsident Walter Momper:

Jetzt spricht eine Dame, deshalb bitte Ruhe!

[Heiterkeit und allgemeiner Beifall]

Emine Demirbükten-Wegner (CDU):

Danke, Herr Präsident! – Das gehört auch zur guten Bildung.

[Zurufe]

Präsident Walter Momper:

Vorher war es auch eine Dame. Das ist doch keine Frage!

[Beifall]

Emine Demirbükten-Wegner (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der Fraktion der CDU unterstützen den von den Grünen vorgelegten Antrag, liebe Frau Jantzen – Sie können ruhig applaudieren –,

[Beifall bei den Grünen]

entspricht er doch genau unserem Änderungsantrag in Punkt 3 zu § 4 des Kindertagesbetreuungsreformgesetzes aus dem Jahr 2005. Bereits damals war absehbar, dass bei der Umsetzung des Gesetzes durch SPD und PDS nicht der Bildungs- und Betreuungsbedarf von Kindern in der Kita geregelt werden sollte. Nein, die Kinder sollten für die Sparbeschlüsse des Senats erhalten. Interessant, wie schnell Sie das vergessen haben! Alle Kinder hatten von diesem Tag an nur noch den bundesgesetzlich geregelten Anspruch auf Betreuung, auf einen Halbtagsplatz, aber ohne Bildung. Der Bedarf für längere Betreuung richtete sich nach dem Bedarf der Eltern, nicht nach dem der Kinder. Gerade das betrifft die Kinder, die aufgrund ihrer sozial schwierigen Lage einen hohen Förderbedarf hätten. Diese Kinder benötigen in den Kitas mehr zusätzliches

Bildungsangebot, aber die Wirklichkeit sieht ganz anders aus: Nicht einmal in den sozial benachteiligten Gebieten erhalten die Kitas einen Ausgleich für den Grundbedarf, geschweige denn für den erhöhten Aufwand, den sie bei ihrer sozialen Mischung haben. Deshalb geht dieser von uns unterstützte Antrag der Fraktion der Grünen nicht weit genug.

Wir werden den Antragstellern vorschlagen, den von uns im Jahr 2005 eingebrachten Vorschlag in die beantragte Gesetzesänderung aufzunehmen. In unseren Augen gibt es immer noch Lücken in der Gesundheitsvor- und -fürsorge des § 9, in der Ausbildungsqualität in § 10 und in der Personalbemessung in § 11, liebe Frau Jantzen!

Leider befürchte ich, dass weder der singuläre noch der umfassende Ansatz irgendwelche Veränderungen für die Betroffenen bewirkt, denn die sozialistische Bedarfsgemeinschaft hat sich ja schon politisch dazu aufgestellt, und zwar mit einem Antrag, in dem sie den Senat fragt, warum das von ihr beschlossene Gesetz so viel Ungerechtigkeit bringt. Der Senat hat sofort darauf reagiert und im Juni zugesagt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um dies zu prüfen. Das ist die Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 16/0765. Das war die Arbeitsgruppe 12, oder war es 15 oder 25? Der Senator wird sicherlich gleich einiges dazu sagen, wie viele Arbeitsgruppen er in seiner ja noch so kurzen Berliner Amtszeit schon einsetzen musste und welche Ergebnisse diese dann vorlegen dürfen – ja, dürfen –, wenn sie die Mitzeichnung des Finanzsenators erhalten möchten. – Ich finde es nicht erheiternd, Frau Barth! Es ist sehr bemerkenswert, dass Sie bei diesem Thema noch lachen können. – Wir kennen dieses Spiel. Wie war es noch mit der vorschulischen Sprachförderung? – Wir fordern, die Förderzeit zu erhöhen, damit alle Kinder die Chance haben, zum Schulanfang dem Unterricht zu folgen. Rot-Rot lehnt ab, stellt einen Antrag, darüber zu berichten, und verschleppt dann den Gesetzesentwurf von einer Tagesordnung zur nächsten. In diesem Jahr wird es keinen Beschluss mehr geben, und im nächsten Jahr werden die Beschlüsse zu spät kommen, sofern überhaupt die Absicht besteht, einen positiven Beschluss zu fassen – wieder zum Schaden der Kinder, denen weiterhin kein Ausweg aus ihrer benachteiligten Situation geboten wird. 40 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft kommen mit mangelhaften Deutschkenntnissen in die Schule. Wie wollen Sie in Anbetracht Ihrer Verantwortungslosigkeit auf diese Situation reagieren oder gar eingehen?

[Beifall bei der CDU]

Am Schluss muss festgestellt werden: Der Bericht der UNO-Sonderbeauftragten mit der beschriebenen sozialen Selektion im Bildungsbereich wird in Berlin in die Verantwortung der Erzieherinnen gelegt. Im Ergebnis bleibt also alles beim Alten. Aber das Berliner Bildungsprogramm ist da und muss umgesetzt werden. Deshalb bleibt das von den Regierungsfractionen beschlossene Gesetz und Konzept erhalten, und dem Bürger wird mitgeteilt, dass das Parlament es eben so beschlossen habe und man gar nichts ändern könne, obwohl man gern möchte, nicht

Emine Demirbükten-Wegner

wahr, Frau Barth? – So einfach erklärt man demokratische Prinzipien dem „Richtigen Bildungsbürger“.

[Beifall bei der CDU]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Demirbükten-Wegner! – Jetzt hat Frau Dr. Barth das Wort.

Dr. Margrit Barth (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Drucksache 16/0999 ist ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Berliner Kindertagesförderungsgesetzes. Dieser Antrag zielt im Wesentlichen auf drei Schwerpunkte ab. Erstens: Die Kinder sollen ab drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Teilzeitplatz in einer Kindertagesstätte haben. Zweitens: Die Kinder, die einen Anspruch haben, sollen vom zuständigen Jugendamt von Amts wegen mindestens zwei Monate vorher einen Guttschein bekommen. Drittens geht es um wesentliche Vereinfachungen im gesamten Verfahren. Eine ausführliche Debatte über diesen Antrag werden wir im Ausschuss führen.

Zu einigen wenigen Positionen: Die Positionsbestimmung der Linksfraktion zur frühkindlichen Förderung brauche ich nicht mehr vorzutragen. Ich denke, sie ist hinreichend bekannt. Ich will auch nicht verhehlen, dass ich einerseits eine gewisse Sympathie für den Antrag habe, doch andererseits um die Machbarkeit weiß. Es ist schon überlegenswert, den Rechtsanspruch aller Kinder im Kindergartenalter von einem Halbtagsplatz auf einen Teilzeitplatz zu erweitern. Das könnte man noch bis zu einem Ganztagsplatz weiterdenken. Wir halten es für sinnvoll, dass insbesondere im letzten Kitajahr, also gewissermaßen im Vorschuljahr, die Zugangsbarrieren fallen und ein Ganztagsplatz der Regelfall wird. Das ist aus bildungspolitischer Sicht schon längst überfällig. Aber – da spreche ich auch Frau Demirbükten-Wegner an – ich denke, wir sind uns einig, dass alles finanziert werden muss.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Ich darf Sie daran erinnern, dass die rot-rote Regierung in ihrer bisherigen Regierungszeit umfangreiche Reformen auf den Weg gebracht hat, gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Damit haben wir hier in Berlin bundesweit eines der vorbildlichsten Bildungs- und Betreuungssysteme für Kinder, bevor sie in die Schule gehen. Ich glaube, das streitet auch niemand ab. Diese Entwicklung ist nicht beendet, und schon in den nächsten Monaten oder Wochen werden wir politisch darüber zu entscheiden haben, wie wir die Bundesmittel zum weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze zum Wohle der Kinder wirksam einsetzen. In diesem Zusammenhang muss nicht nur darüber nachgedacht werden, wie wir die Anzahl der notwendigen Plätze vormalten, sondern auch darüber, wie wir die Qualität in den

Einrichtungen noch besser sichern können. Da werden wohl weiterhin so manche grauen Haare sprießen.

Nun setze ich Ihren Antrag, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, in diesen Kontext. Zur Umsetzung Ihres Antrags sind zusätzliche Ressourcen notwendig. Ich glaube, das ist auch kein strittiger Punkt, Herr Esser!

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

Ich habe die Frage: War es Zufall, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion, dass dieser Antrag nur einen Tag nach der letzten Sitzung des Hauptausschusses zum Doppelhaushalt 2008/2009 auf unserer heutigen Tagesordnung beraten wird? Sie wissen, dass der finanzpolitische Diskurs im Hauptausschuss mindestens für den Haushalt 2008/2009 im Wesentlichen abgeschlossen ist. Also hängt dieser Antrag irgendwo im luftleeren Raum. Deswegen ist immer die Frage nach der Machbarkeit zu stellen. Wir werden in unserem Fachausschuss weiter darüber beraten. – Damit habe ich meine Position erst einmal zum Ausdruck gebracht. – Danke schön!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Dr. Barth! – Das Wort für die Fraktion der FDP hat nunmehr der Kollege Dragowski! – Bitte schön!

Mirco Dragowski (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen! Diesen Antrag hätten auch wir bereits gestellt, wenn uns – wie schon mehrfach angesprochen – die Finanzierung der Vorschläge klar gewesen wäre. Aber, liebe Kollegen, wir sind auf Ihre Vorschläge gespannt. Der Vorschlag mit der pauschalen Minderausgabe zulasten der Bezirke überzeugt uns jedoch nicht.

[Elfi Jantzen (Grüne): Gar nicht zulasten der Bezirke!]

Nun zum Antragsinhalt: Die Verlängerung der Regelbetreuung von der Halbtags- zur Teilzeitbetreuung sowie die Umstellung des Verfahrens der Kitagutscheinerteilung hin zu einem Einladungsverfahren sind absolut richtig.

[Beifall bei der FDP und von Elfi Jantzen (Grüne)]

Gerade vor dem Hintergrund der Kinderarmut und der Notwendigkeit einer guten und erfolgreichen vorschulischen Sprachförderung ist mehr Bildungszeit für alle Kinder wichtig. In der Kindertagesbetreuung bekommen gerade die Kinder aus armen Familien häufig nicht die Betreuung, die ihnen zusteht. Daher fordern auch wir, dass alle Kinder einen Anspruch auf eine Teilzeitbetreuung und damit bis zu sieben Stunden Bildungszeit in der Kita bekommen und nicht, wie bislang, nur bis zu fünf Stunden im Rahmen der Halbtagsbetreuung.

[Beifall bei der FDP]

Mirco Dragowski

Eine Erhöhung von der Halbtags- zur Teilzeitbetreuung bedeutet 40 Prozent mehr Bildungszeit für jedes Kind in der Kita. Gerade Sprachdefizite von Kindern können gut in der Bildungseinrichtung Kita abgebaut werden. Dazu wollen wir die Arbeit der Kitas so aufwerten und publik machen, dass auch die Kinder, die noch keine Tagesbetreuung nutzen, zukünftig in den Kitas betreut werden. Bei Kindern im Alter von bis zu vier Jahren können Sprachfehler und -defizite am besten behoben werden. Insoweit, Frau Kollegin Barth, hilft es da wenig, eine Ganztagsbetreuung im letzten Kitajahr zu fordern. Gerade Kindern mit Sprachdefiziten müssen wir eine angemessene Betreuung und Förderung zukommen lassen, um auch bei ihnen frühzeitig die Weichen für eine Chance auf Teilhabe an unserer Gesellschaft zu stellen.

[Beifall bei der FDP]

Durch mehr Bildungszeit in der Kita investieren wir in die Köpfe unserer Kinder und somit in die wichtigste Ressource, die wir haben.

Nun folgen nicht alle Eltern der Erkenntnis, dass Kitazeit Bildungszeit ist und sie ihrem Kind eine frühe Förderung zukommen lassen sollten. Manche Eltern lassen sich von den bürokratischen Hürden des zur Zeit geltenden Anmeldeverfahrens in den Jugendämtern abschrecken. Eine bürgerorientierte Kitagutscheinausgabe ist bislang nicht vorhanden, Fehlanzeige. Es ist undenkbar, dass Jugendamtsmitarbeiter in eine große Kita gehen und dort die Kitagutscheine bearbeiten und ausgeben. Teilweise herrscht in den Büros der Jugendämter bei der Gutscheinausgabe auch eine regelrechte Schließkultur. Bürgerfreundliche Öffnungszeiten muss man lange suchen.

Wir brauchen daher ein grundsätzliches Umdenken hin zu einer Einladungskultur. Die Zusendung der Kitagutscheine an Kinder ab drei Jahre erhöht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Besuch von Kitas durch Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, denn das bisherige Anmeldeverfahren – Frau Jantzen hat Ihnen ja den Anmeldebogen gezeigt –, das Ausfüllen des Antrags ist gerade für Menschen mit Migrationshintergrund nicht einfach. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage zum Gesetz zur vorschulischen Sprachförderung I teilt mir der Senat auf die Frage, ob man das Anmeldeverfahren für die Tagesbetreuung so umwandeln kann, dass eine Einladungskultur entsteht, lediglich mit, dass der in der Frage enthaltene Vorschlag der Umwandlung des bisherigen Verfahrens in eine Einladungskultur in dieser Form nicht dem gesetzlich geregelten Antragsverfahren entspricht. Vielen Dank für den Hinweis, lieber Senat! Aber das sagt eine Menge aus, denn der Senat hat hier offenkundig weder inhaltliche noch rechtliche Bedenken und verweist lediglich auf die Gesetzeslage, die wir nun mit dem vorliegenden Antrag ändern werden.

[Beifall bei der FDP]

Da auch wir seit langem die Teilzeitbetreuung als Regelbetreuung sowie eine Einladungskultur bei dem Kitagutscheinverfahren fordern, werden wir diesem Antrag der

Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen zustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP und den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Schönen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung federführend an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie sowie mitberatend an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Immunität und Geschäftsordnung und an den Hauptausschuss. Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Die lfd. Nr. 8 ist auf der Konsensliste.

Dann kommen wir zu

lfd. Nr. 9:

Wahl

Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Wahlvorlage Drs 16/0962

Nach § 2 Absatz 1 des Berliner Landes-Stasi-Unterschlagesgesetzes wird der Landesbeauftragte auf Vorschlag des Senats vom Abgeordnetenhaus mit den Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Der Senat hat erneut Herrn Martin Gutzeit zur Wahl vorgeschlagen, und ich habe die Gelegenheit, Herrn Gutzeit im Berliner Abgeordnetenhaus sehr herzlich willkommen zu heißen

[Allgemeiner Beifall]

und ihm Dank für die schon geleistete Arbeit zu sagen.

Ohne weitere Aussprache erfolgt die Wahl gemäß § 74 Absatz 1 Satz 1 unserer Geschäftsordnung in einfacher Abstimmung durch Handaufheben. Wer Herrn Martin Gutzeit zu wählen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig erfolgt,

[Allgemeiner Beifall]

und ich sehe auch, dass das erforderliche Quorum von 75 Stimmen der Mitglieder des Hauses erreicht worden ist. Damit ist Herr Gutzeit erneut gewählt. – Herr Gutzeit, ich beglückwünsche Sie im Namen des Hauses zu Ihrer Wiederwahl! Alles Gute und eine erfolgreiche Arbeit!

[Allgemeiner Beifall]

Wir fahren fort mit

lfd. Nr. 10:

a) Große Anfrage

Warum kommt von Rot-Rot beim Klimaschutz nur heiße Luft?

Große Anfrage der Grünen Drs 16/0668

b) Antrag